

Bericht Vernetzungstreffen Delogierungsprävention 8. Mai 2009 – BAWO – Fachtagung – Salzburg

Einleitend zum Vernetzungstreffen wurde die aktuelle Situation in den Bundesländern von den anwesenden EinrichtungsvertreterInnen dargestellt.

Die Aussendung der Verfahrenszahlen in Österreich zur Bewertung in den einzelnen Bundesländern wurde vereinbart. Ende April hat ein Treffen im Justizministerium stattgefunden, an dem das Bundesrechenzentrum, die zuständige Abteilung des Justizministeriums, MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, die Sozialplanung der Stadt Wien und Frau Kitzman als Vertreterin der BAWO und FAWOS teilgenommen haben. Hier wurde vereinbart, dass es eine Stelle geben muss, die die jährlichen Zahlen erhält und an alle Einrichtungen von Österreich weiterleitet. Dies wird voraussichtlich immer Ende Februar eines Kalenderjahres sein, da zu diesem Zeitpunkt die Datenerhebung für das Justizministerium abgeschlossen sein wird.

Das Vorstandsmitglied welches bei der Fachstelle für Wohnungssicherung arbeitet, wird diese Information in Zukunft erhalten und diese so rasch als möglich an alle Bundesländer weiterschicken.

Nachdem das in der Steiermark existierende Modell einer freiwilligen Einkommensverwaltung, aber auch andere Kontoführungsmodelle z.B. Die Zweite Sparkasse, sehr kontrovers diskutiert wurden, wird auf Vorschlag von Renate Kitzman dieser Bereich ein Programmpunkt für das vom 28. – 29.09.2009 in Wien stattfindende Vernetzungstreffen sein. Erwin Hayden-Hohmann regt die Einladung einer Vertreterin/eines Vertreters des ASB als Referentin/Referenten zum Thema „Servicekonto“ an, da dies bereits von einigen Schuldnerberatungsstellen erprobt worden ist.

Als weiterer Inhalt des Vernetzungstreffens wird wieder einmal der lösungsfokussierte Beratungsansatz nach Steve de Shazer und Insoo Kim Berg verlangt.

Das BAWO Grundsatzprogramm wurde geprüft, wobei die in der Kurzfassung enthaltene Forderung der BAWO nach einem Grundrecht Wohnen inhaltlich nicht verständlich ist (*...in Verbindung mit einer verfassungsrechtlichen Grenze für Delogierungen realisiert...*).

Ebenso wurde die Verpflichtung der SozialhilfeträgerInnen zur Bereitstellung von Mitteln zur Verhinderung von Delogierungen hineinreklamiert.

Um eine aussagekräftige Statistik erarbeiten zu können ist die Übermittlung der Daten nach MRG §33a auf Wohnraum beschränkt zu fordern.

Raith Wilfried, Fachstelle für Gefährdetenhilfe
und Renate Kitzman, FAWOS